



Regierungsratsbeschluss vom 06. Mai 2014

Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Ausarbeitung eines Gewaltschutzgesetzes für den Kanton Basel-Stadt

P135529

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Gerber und Konsorten als Anzug zu überweisen.

Begründung

Der Regierungsrat erachtet die Ausarbeitung eines zusätzlichen separaten Gewaltschutzgesetzes als weder notwendig noch zielführend. Gleichzeitig geht der Regierungsrat mit den Motionärinnen und Motionären einig, dass der Thematik «Häusliche Gewalt» hohe Priorität zuzumessen ist.

